

HANNOVERSCHE VOLKSBLATT

Zeitung der **DKP** Hannover, Mai 2018

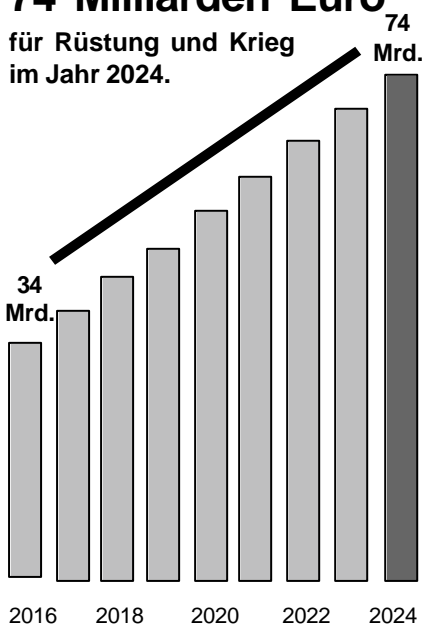
www.dkp-hannover.de



2 %
sind
74 Milliarden

Kriegserklärung an den Sozialstaat:

Die Bundesregierung will die jährlichen Militärausgaben auf 2% des Bruttoinlandsprodukts verdoppeln. Das sind **74 Milliarden Euro** für Rüstung und Krieg im Jahr 2024.



Kriege stoppen!
Aufrüstung stoppen!
Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben!

Aufrüstung bedeutet Sozialabbau!

Wen kümmern die Wahlversprechen von gestern? Die neue Bundesregierung will dem NATO-Diktat, die Rüstungsausgaben bis 2024 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen, folgen. Zwei Prozent, das bedeutet nahezu die Verdopplung der Rüstungsausgaben auf 74 Milliarden Euro jährlich.

Das sind Milliarden für Kriege, die uns genommen werden für den Bau von Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern, die uns fehlen für die Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern, von Erzieherinnen und Erziehern und von Beschäftigten in den Kliniken.

Das Geld, das für die Rüstung verpulvert werden soll, wird die öffentlichen Kassen leeren.

Kleine Renten, immer schlechter werdende Leistungen der gesetzlichen

Zum Tag der Arbeit am 1. Mai

Wie weiter mit der Arbeitszeitverkürzung?

Auf ihrem Kongress 1889 beschloss die „2. Internationale“ einen globalen Protest- und Gedenktag anlässlich des brutalen Einsatzes der Chicagoer Polizei gegen eine gewerkschaftliche Demonstration zur Unterstützung von Streiks zur Einführung des Achtsturentages. Seitdem wird der 1. Mai in vielen Ländern als eine Demonstration für Arbeitszeitverkürzung und internationale Solidarität unter den Arbeitenden begangen.

Heute soll er das wieder sein! Denn die letzten Tarifrunden setzten nach über einem Vierteljahrhundert, als es um die 35-Stunden-Woche ging, endlich wieder das Signal auf Arbeitszeitverkürzung. Dass die großen Gewerkschaften Arbeitszeitverkürzung als Forderung in die Debatte bringen ist höchste Zeit, denn die reale Wochenarbeitszeit steigt seit 25 Jahren ständig und liegt derzeit bei durchschnittlich 41,7 Stunden.

In der Gesundheitsbranche hat ver.di in den letzten Tarifrunden neben Gehaltserhöhung die Verbesserung des Personalschlüssels in der Pflege

Fortsetzung Seite 3

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Zum 1. Mai

bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung in den Mittelpunkt gestellt. Für die Bahnbeschäftigten konnte die EVG durchsetzen, sich entweder für Lohnerhöhung oder für mehr Freizeit zu entscheiden. Und die IG Metall hat die zeitlich begrenzte kurze Vollzeit als individuellen Anspruch für ihre Mitglieder gegen harten Widerstand den Unternehmen abgerungen.

Die Richtung der Debatte stimmt. Und die Beschäftigten sind bereit, für Arbeitszeitverkürzung zu streiten.

Am 1. Mai 2018 gilt:

Für die Höchstarbeitszeit von acht Stunden täglich bei maximal fünf Tagen in der Woche! Gegen die Angriffe der Unternehmer auf die Wochenarbeitszeit und die Ruhepausen!

Und für den 1. Mai „morgen“:

Die 30 Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

Aufgestöbert...

„Kittner war überzeugter Kommunist und gern gesehener Gast bei der DKP.“

Aus einem Artikel über den hannoverschen Kabarettisten Dietrich Kittner (HAZ vom 10.4.2018)

Berufsverbote: Bundesausschuss in Hannover gegründet

Die Bewegung gegen Berufsverbote im Öffentlichen Dienst wird künftig ihre Arbeit verstärken und durch neue Strukturen noch wirkungsvoller gegen Demokratieabbau bundesweit in Erscheinung treten. In den Räumen des ver.di-Bildungswerkes an der Goseriede wurde von Betroffenen Mitte April der „Bundesausschuss der Initiativen gegen Berufsverbote“ gegründet, dem neun Mitglieder angehören. In der eintägigen Konferenz wurde Bilanz über die bisherige Arbeit gezogen und weitere ehrgeizige Ziele für die kommende Periode diskutiert und beschlossen. So soll durch eine engere Vernetzung der Betroffenen, durch verbesserte Kooperation mit Gewerkschaften und demokratischen Bewegungen, insbesondere mit der jüngeren Generation, der derzeitigen Rechtsentwicklung entgegengewirkt werden. Die ehemalige Niedersächsische Landesbeauftragte gegen Berufsverbote, **Jutta Rübke** (SPD), stellte die Ergebnisse ihrer Arbeit vor und berichtete, dass der ihr zuarbeitende Arbeitskreis auf freiwilliger Basis weiterarbeiten werde und eine Veranstaltung zur noch ausstehenden finanziellen Rehabilitation vorgesehen sei. Der Ex-Bundestagsabgeordnete **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE) wird sich dafür einsetzen, die bereits in 37 Städten gezeigte Berufsverbote-Ausstellung im Bundestag mit einem attraktiven Rahmenprogramm zu präsentieren. Die englischsprachige Version der Ausstellung soll nach ihrem Erfolg in Roskilde (Dänemark) künftig in der irischen Hauptstadt Dublin im Haus des Lehrers die Öffentlichkeit informieren.



TeilnehmerInnen an der Berufsverbote-Konferenz

Emmich-Cambrai-Kaserne: Nach dem alten - jetzt ein neuer „Held“

Otto von Emmich, Mit-Namensgeber der langjährigen Emmich-Cambrai-Kaserne in Vahrenwald an der Stadtgrenze nach Langenhagen, ist als „Schlächter von Lüttich“ in die europäische Geschichte eingegangen. Beteiligung an Kriegsverbrechen, brutale Ausschreitungen 1914 gegen die belgische Zivilbevölkerung, Plünderungen, Massenhinrichtungen, Brandstiftungen und Vergewaltigungen sind mit dem Namen des zwei Jahre zuvor geadelten Generals aus Hannover verbunden.

Kriegsministerin von der Leyen (CDU) sah sich jetzt - nach Meldungen über rechts-extreme Soldaten in der Bundeswehr - genötigt, mit einem neuen Traditions-Erlass

und auch der Umbenennung der namen-belasteten hannoverschen Kaserne zu reagieren.

Hauptfeldwebel-Lagenstein-Kaserne heißt die mit viel Tamtam umbenannte Feldjägerschule an der Kugelfangtrift nun. Der neue Namensgeber kam 2011 bei einem Einsatz in Afghanistan ums Leben.

Die Veränderung der Bundeswehr von der vermeintlichen Verteidigungs- zu einer weltweit operierenden Interventionsarmee ist nicht ohne Folgen geblieben: Seit 1992 fanden in Auslandseinsätzen 109 Soldaten den Tod. Hunderte Verletzte und zahlreiche schwer Traumatisierte gehen ebenfalls auf das Konto einer aggressiven Politik, die zwar Menschenrechte anführt, aber letzt-

endlich Imperialismus und Machtvergrößerung heißt.

Auf Betreiben der Kriegsministerin aus Burgdorf-Beinhorn wurden unlängst die Militäreinsätze in Mali, Afghanistan, Irak und Syrien verlängert und personell aufgestockt. Bereits heute ist absehbar, dass von der Leyen künftig verstärkte Auswahl hat, um ihre Kasernen mit neuen, toten Heldennamen zu schmücken.

Übrigens: Nach Otto von Emmich wurde nicht nur der Platz an der Hochschule für Musik, Theater und Medien benannt, er ist bis zum heutigen Tage **Ehrenbürger in Hannover!!!** Da sollte es doch auch für den hannoverschen Rat dringenden Handlungsbedarf geben...

Steintorplatz privatisieren für Geschäftsbebauung ?

Diese Grundsatzfrage, ob der Steintorplatz für eine Geschäftsbebauung privatisiert werden soll, stellt der von der Stadtverwaltung inszenierte „Bürgerbeteiligungsprozess“ bezeichnenderweise gar nicht. 500 000 Euro soll das Beteiligungsverfahren kosten. Die Privatisierung ist das, was die Stadt bislang als eigentliches Ziel verfolgt hat.

Wir geben anlässlich des Herumeierns der Stadtverwaltung zu bedenken, was als Ergebnis unter dem harmlosen Motto „**Stadtdialog - Partizipation - Integration**“ herauskommen kann. Je prekärer die soziale Lage für immer mehr Stadtbewohner wird, je pers-

pektivloser Schule und Ausbildung immer größere Anteile der Jugend in die Arbeitslosigkeit werfen, je mehr gering Verdienende aus den Stadträumen verdrängt werden, umso intensiver versuchen die Rathäuser mit neuen „Angeboten“ einbindend zu reagieren. Die rettenden Stichworte sind „Stadtdialog, Partizipation und Integration“.

Da wird demokratische Beteiligung an allen Planungsschritten und Entscheidungen simuliert und immer perfekter inszeniert. Da ist inzwischen ein Gewerbe von Prozessbegleitung, Moderation und Evaluation entstanden. Dieses Gewerbe – natürlich private Firmen - steht in gehöriger Abhängigkeit

vom kommunalen Management und weiß deshalb genau, worauf es dem ankommt.

Die Planungs- und Entscheidungsprozesse erhalten auf diese Weise den falschen Stempel „vom Volk gemacht“. Mit „Stadtdialog, Partizipation und Integration“ kommen sie professionell daher. Ihre Aufgabe aber ist es, die eigentlichen Probleme und Anliegen der Bürger unter den Teppich zu kehren.

Diese Entmündigung lassen wir uns nicht gefallen!

Fortsetzung von Seite 1

Aufrüstung

Krankenkassen und das erniedrigende Hartz-IV-System: Dieser Sozialabbau wurde und wird mit angeblich leeren öffentlichen Kassen begründet. Wir werden nicht lange warten müssen bis die Litanei erneut losgeht.

Sozialabbau bedeutet Lohndrückerei!

Diese Maßnahmen des drastischen Sozialabbaus sind aber auch ein Mittel der Einschüchterung den Beschäftigten gegenüber: Wer mehr Lohn und Gehalt fordert, wer sich nicht duckt, dem droht Entlassung und das Risiko in den Hartz-IV-Teufelskreis zu geraten mit dem Zwang, jeden Niedriglohnjob anzunehmen. Aufrüstung, Sozialabbau, Lohndrückerei – das ist der misstönende Dreiklang der Politik des Kapitals.

Aufrüstung bedeutet Krieg!

Die Erhöhung der Militärausgaben bedeutet nicht nur mehr Sozialabbau, sondern die Aufrüstung der US-dominierten NATO dient der militärischen Durchsetzung der geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen der imperialistischen Mächte. Strategisches Ziel ist die Einkreisung Russlands und Chinas. Diese aggressive Politik gegen Russland und China und die atomare Aufrüstung bergen die Gefahr eines großen Krieges. Die Bundeswehr übernimmt dabei immer mehr Führungsaufgaben sowohl in der NATO, unter anderem als Speerspitze in Osteuropa an Russlands Grenzen, als auch in dem neuen europäischen Militärbündnis PESCO, mit dem ein Netzwerk von neuen offensiven Militärbasen in Europa geschaffen werden soll. Wir sagen: Auslandseinsätze der Bundeswehr stoppen! Deutschland raus aus der NATO!

Abrüsten jetzt!

Die DKP unterstützt die Kampagne **Abrüsten statt Aufrüsten**. Sie geht uns alle an: Beschäftigte, Erwerbslose, Schülerinnen und Studenten, Eltern, Rentner. Sammelt bei euren Kolleginnen und Kollegen und Nachbarn Unterschriften unter den Appell **Abrüsten statt Aufrüsten**, um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, diesen aggressiven Nato-Kurs nicht weiter mitzumachen.



**Nur Reiche können sich
eine arme Stadt leisten!**

Für Frieden und gute Nachbarschaft mit Rußland

Gerade erst hat sich die mit allergrößtem medialen und diplomatischem Aufwand produzierte Kampagne rund um einen angeblichen „Giftgas-Anschlag“ gegen einen ehemaligen russischen Doppelagenten in das auflösen begonnen, was sie von Beginn an war – nämlich eine von der britischen Regierung und ihren Geheimdiensten lancierte üble Variante der psychologischen Kriegsführung gegen Russland. Doch schon legen die USA und die mit ihr verbündeten NATO-Staaten nach. Der am 14. April erfolgte Raketen- und Bombenangriff der drei NATO-Atommächte USA, Frankreich und Großbritannien auf Syrien wird von Merkel als „erforderlich“ und „angemessen“ bezeichnet.

Die Politik der NATO, von der alten und neuen Regierung Merkel mit vorangetrieben, hat in den letzten Jahren die Spannungen mit Russland gefährlich angeheizt. NATO-Truppen wurden unmittelbar an der russischen Westgrenze stationiert und die militärische Infrastruktur Richtung Osten weiter ausgebaut. Russische Gegenmaßnahmen werden als Aggression denunziert, während über Putins Ankündigung, den Rüstungshaushalt Russlands zu senken, geschwiegen wird.

Die DKP fordert von der Bundesregierung, den Weg zu einer Entspannungspolitik mit Russland wieder zu öffnen und politische Diskussionsprozesse mit Rationalität und Sachlichkeit wieder aufzunehmen.

8. Mai – Tag der Befreiung

16:00 Uhr Ehrenfriedhof am Maschsee Nordufer:

„75. Jahrestag der Kapitulation des Nationalsozialistischen Deutschland“

Veranstalter: Landeshauptstadt Hannover in Kooperation mit der IG Metall

17:30 Uhr Kundgebung und Demonstration Mahnmahl Gerichtsgefängnis am Pavillon (Raschplatz)

„Schulter an Schulter gegen den Faschismus - autoritäre Herrschaft verhindern!“

Veranstalter: VVN-BdA, DKP, SDAJ, Antifa Uni Hannover

UZ - Bestellschein

Hiermit bestelle ich die **UZ - Unsere Zeit**, die Wochenzeitung der DKP, für mindestens ein Jahr. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis sechs Wochen vor Beendigung des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.

- Print-Abo (11,- Euro/Monat)
- 6-Wochen Probeabo kostenlos (endet automatisch)
- Online-Abo (8,- Euro/Monat)
- Kombi-Abo (13,- Euro/Monat)

Datum

Unterschrift

Rücktrittsrecht: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen gegenüber dem CommPress Verlag, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, schriftlich zu widerrufen.

2. Unterschrift

Bitte mit Absenderangabe an den CommPress Verlag senden.

Zehn Grundsätze der Kriegspropaganda

1. Wir wollen den Krieg nicht.
2. Das gegnerische Lager trägt die Verantwortung.
3. Der Führer des Gegners ist ein Teufel.
4. Wir kämpfen für eine gute Sache.
5. Der Gegner kämpft mit unerlaubten Waffen.
6. Der Gegner begeht mit Absicht Grausamkeiten, wir nur versehentlich.
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners enorm.
8. Wissenschaftler, Künstler und Intellektuelle unterstützen unsere Sache.
9. Unsere Mission ist heilig.
10. Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter.

(nach: Lord Arthur Ponsonby, 1871-1946, englischer Diplomat)



Ostermarsch Hannover 2018

Termine und Aktionen der DKP Hannover

Stadtteilgruppe

Linden

nächste Treffen:

Montag,

7. Mai u. 4. Juni

19.30 Uhr

Freizeitheim Linden,
Windheimstr. 4

Stadtteilgruppe

Mitte

nächstes Treffen:

Montag,

28. Mai

19.00 Uhr

DKP-Kreisbüro,
Göttinger Str. 58

Wir laden jede Woche ein zum

Roten Freitag

Zum Klönen und Diskutieren über

Dit und Dat bei Kaffee und Keksen

von 16:00 bis 19:00 Uhr

DKP-Kreisbüro, Göttinger Straße 58